

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Landtag
Nordrhein-Westfalen
12. Wahlperiode
Vorlage 12/3213
A06 + A20

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

- Drucksache 12/4200 -

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Verkehrsausschusses**

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 08 wird, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Bericht

Der Verkehrsausschuß hat den Entwurf des Einzelplanes 08 am 21. Oktober und am 25. November 1999 beraten. Dabei wurden die Personaltitel an den Unterausschuß "Personal" überwiesen.

Die abschließende Sitzung fand am 25. November 1999 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 08, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Es lagen Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der CDU vor, die Punkt für Punkt beraten und abgestimmt wurden. Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage.

Manfred Hemmer
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
zum Haushaltsgesetz 2000 (Drucksache 12/4200)
im Ausschuß für Verkehr
zum Einzelplan 08

Anlage zu Vorlage 12/3213

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	Kapitel 08 080 Allgemeine Bewilligungen -Verkehr- Titel 541 61 Aufwendungen für Veranstaltungen und dgl. <u>Streichung des Ansatzes von 1.500.000 DM.</u> Begründung: wie im Haushalt 1999 nicht erforderlich.	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 12/3213

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	Kapitel 08 081 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 61 - Titel 526 61 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten <u>Streichung</u> um 600.000 DM auf neu 1.400.000 DM <u>Begründung:</u> Reduzierung des Ansatzes auf den Ansatz des Haushaltes 1999. Statt Sachverständigen, Gutachten etc. ist der Abbau des Investitionsstaus im Landesstraßenbau geboten.	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD / Bündnis 90/ Die Grünen	Kapitel 08 081: Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 62: Investitionszuschüsse für nichtbundes-eigene öffentliche Eisenbahnen Titel 891 62: Zuschüsse für Investitionen an öffentli-che Unternehmen Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 17.000.000 DM um 13.000.000 DM auf 30.000.000 DM Begründung: siehe Antrag 4 Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen ist erforder-lich, da die Umsetzung der vorgesehenen Projekte über das Jahr 2000 hinausreicht.	angenommen SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD / Bündnis 90/ Die Grünen	Kapitel 08 081: Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 62: Investitionszuschüsse für nichtbundes-eigene öffentliche Eisenbahnen Titel 892 62: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen Erhöhung des Baransatzes von 10.000.000 DM um 8.700.000 DM auf 18.700.000 DM Begründung: Die bisher aus diesem Titel geförderten Maßnahmen waren zur Aufrechterhaltung des nichtöffentlichen Schienen Güterverkehrs zugunsten einer Entlastung des Straßenverkehrs und der Umwelt ausgesprochen erfolgreich. Die Zuschüsse mobilisieren umfangreich privates Kapital, welches der regionalen Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt zugute kommt. Zur bedarfsgerechten Realisierung weiterer sinnvoller Projekte ist eine Erhöhung des Mittelaninsatzes erforderlich.	angenommen SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	Kapitel 08 081 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 76 Allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV nach § 14 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz NRW, Zuwendungen zur Planung und Einrichtung von Stadtbussystemen sowie Förderung von Bürgerbusvorhaben Streichung um 2.000.000 DM auf neu 64.500.000 DM. Begründung: Dies entspricht dem Betrag, der im Haushaltsentwurf als Anschubfinanzierung für die Planung und Einrichtung von Stadtbussystemen vorgesehen ist (vgl. Erläuterungen EP 08, S.255). Die Mittel sind dringender erforderlich, um zu einer angemessenen Ausstattung des Titels für Maßnahmen nach dem Landesstraßenausbauplan zu kommen (vgl.CDU-Antrag 7).	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	Kapitel 08 084 Straßen- und Brückenbau Titel 883 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen Der Ansatz von 95 Millionen DM wird um 45 Millionen DM auf 140 Millionen DM aufgestockt. Begründung: Wie HH Antrag CDU-Fraktion 1999! Viele Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen müssen dringend repariert werden. Das Straßennetz befindet sich oftmals in einem verkehrsgefährdenden Zustand und ist teilweise von Sperrung bedroht. Nach zwei Gutachten liegt der Reparatur- und Unterhaltbedarf der Landesstraßen bei 225 Millionen DM im HH Jahr 2000. In Anpassung an den dringenden Erhaltungsbedarf erfolgt eine Aufstockung des Haushaltstitels. Da dieser Titel gegenseitig deckungsfähig mit 883 12 (Maßnahmen unter 5 Mio. DM) ist und ein Nachholbedarf von 225 Mio. DM für das HH Jahr 2000 besteht, müssen entsprechende Haushaltsmittel in beiden Titel zur Verfügung stehen.	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 12/3213

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	Kapitel 08 084 Straßen- und Brückenbau Titel 883 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans Der Ansatz von 150 Millionen DM wird um 30 Millionen DM auf 180 Millionen DM aufgestockt. <u>Begründung:</u> Gesetzentwurf Landesstraßenausbauplan CDU-Fraktion hins. 180 Mio DM; zusätzlich wird die katastrophale Verkehrssituation im Land NRW berücksichtigt.	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	Kapitel 08 084 Straßen- und Brückenbau Titel 883 15 Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise für Investitionen im Bereich des kommunalen Straßenbaus und des straßenbezogenen ÖPNV nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und nach § 5 a Bundesfernstraßengesetz (FStrG) <i>(Textliche Änderung gegenüber dem Haushaltsplanentwurf)</i> HH Ansatz bleibt wie im Entwurf der Landesregierung. <u>Begründung:</u> Während die Absenkung der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz im Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums durch Bundesmittel nach dem Regionalisierungsgesetz kompensiert werden, schlägt die Absenkung des GVFG im Stadtverkehrshaushalt voll durch. Zu Lasten der Regionalisierungsmittel des Bundes hat sich das Land aus der ehemals gewährten Komplementärfinanzierung des GVFG verabschiedet. Gerade im Bereich des kommunalen Straßenbaus besteht landesweit ein erheblicher Nachholbedarf. Die Aufstockung erfolgt zur Beseitigung von Investitionsstaus, Mißständen und Schäden im Bereich des kommunalen Netzes. Die Förderung von Fahrradstationen erfolgt in Zukunft aus Gründen der Vereinfachung von Förderwegen im Rahmen des Programmes "100 Fahrradstationen" ausschließlich aus dem Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung (Einzelplan 20) Kapitel 20 030, Titel 883 11.	abgelehnt: SPD nein CDU ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD / Bündnis 90/ Die Grünen	Kapitel 08 084: Straßen- und Brückenbau Titel 883 17: Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Radwegebaus an kommunalen und über- örtlichen Straßen und für Lärmschutz- maßnahmen an kommunalen Straßen Erhöhung des Baransatzes von 16.500.000 DM um 7.500.000 DM auf 24.000.000 DM Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 14.600.000 DM um 6.000.000 DM auf 20.600.000 DM Begründung: Der weitere Ausbau des kommunalen Radverkehrsnetzes macht eine bedarfsgerechte Erhöhung des Mittelausatzes notwendig.	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD / Bündnis 90/ Die Grünen	Kapitel 08 084: Straßen- und Brückenbau Titel 883 18: Radwegebau an bestehenden Landesstraßen Erhöhung des Baransatzes von 7.500.000 DM um 2.500.000 DM auf 10.000.000 DM Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 8.000.000 DM um 2.000.000 DM auf 10.000.000 DM Begründung: Der Aufbau eines landesweiten Radverkehrsnetzes mit einheitlicher Wegweisung macht eine bedarfsgerechte Erhöhung des Mittelansatzes notwendig. An Außerortsstraßen müssen aus Gründen der Verkehrssicherheit verstärkt Radwege baulich angelegt werden.	angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags

■ Anlage zu Vorlagen 12/3213
 12/3214
 12/3238

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2000

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Anlage: Änderung in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
08 030	<u>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</u>			
661 10	Kredite für kleine und mittlere Unternehmen in NRW (Programm "Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, Gemeinschaftsaktion von Bund, Land NRW und DfA für den Mittelstand") Haushaltsvermerke unverändert Verpflichtungsermächtigung unverändert	15.500.000	+ 3.500.000	19.000.000
TGr. 60	<u>Förderung eines modernen Managements, Beratungen für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen ("Beratungsprogramm Wirtschaft"), Beratungshilfen für von Stilllegung bedrohte Betriebe und sonstige Maßnahmen zur betrieblichen Leistungssteigerung im Mittelstand</u> Haushaltsvermerke unverändert			
685 60	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Verpflichtungsermächtigung unverändert	6.600.000	+ 4.500.000	11.100.000
TGr. 83	<u>Strukturpolitische Initiativen</u> Haushaltsvermerke unverändert			
653 83	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen	250.000	+ 500.000	750.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
08 032	Berufliche Aus- und Weiterbildung			
TGr. 69	Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk"			
	Haushaltsvermerke unverändert			
685 69	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2.850.000	+ 300.000	3.150.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	bisher: 1.800.000 DM			
	Erhöhung + 200.000 DM			
	neu 2.000.000 DM			
08 040	Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen			
TGr. 61	Technologieprogramm Wirtschaft (TPW)			
	Haushaltsvermerke unverändert			
685 61	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		unverändert	
	<u>Verpflichtungsermächtigung unverändert</u>			
	Die Erläuterungen zu Titel 685 61 werden wie folgt ergänzt:			
	<u>Von den bei diesem Titel veranschlagten Mitteln sind 500.000 DM für hand-</u>			
	<u>werkspezifische Technologie - Innovationsförderung vorgesehen.</u>			
	<u>Von den bei diesem Titel eingestellten VE von 110.000.000 DM sind für</u>			
	<u>solche Projekte 5.000.000 DM vorzusehen.</u>			
	<u>Erläuterungen ansonsten unverändert.</u>			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
08 081	Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs			
TGr. 62	Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen Haushaltsvermerke unverändert			
891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 17.000.000 DM Erhöhung + 13.000.000 DM neu 30.000.000 DM		unverändert	
892 62	Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen	10.000.000	+ 8.700.000	18.700.000
08 084	Straßen- und Brückenbau			
883 17	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Radwegebaus an kommunalen Straßen und für Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen Haushaltsvermerke unverändert <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 14.600.000 DM Erhöhung + 6.000.000 DM neu 20.600.000 DM	16.500.000	+ 7.500.000	24.000.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 08 084	Straßen- und Brückenbau			
883 18	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen	7.500.000	+ 2.500.000	10.000.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 8.000.000 DM Erhöhung + 2.000.000 DM neu 10.000.000 DM			
	Abschluß Einzelplan 08:			
	Gesamteinnahmen	3.331.382.700	unverändert	3.331.382.700
	Gesamtausgaben	6.706.282.400	+ 27.500.000	6.733.782.400
	Verpflichtungsermächtigungen	2.851.060.000	+ 21.200.000	2.872.260.000